Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Heckler & Koch AG am 20.06.2023

Zu Tagesordnungspunkt 4: Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2022 nicht zu entlasten.

Begründung:

Der Aufsichtsrat ist seiner Aufgabe als Kontrollorgan des Vorstands nicht hinreichend nachgekommen und wird auch seiner historischen Verantwortung nicht gerecht.

Schmuggel-Risiko an der US-mexikanischen Grenze

Nicht nur die USA, auch Mexiko leidet unter einer Epidemie der Schusswaffengewalt. Schätzungen zufolge kommen mehr als 70 Prozent aller Waffen, die an Tatorten in Mexiko sichergestellt und zurückverfolgt wurden, aus den USA.¹ Im Oktober 2022 hat die mexikanische Regierung eine Klage gegen fünf Waffenhändler aus Arizona eingereicht, die sie beschuldigt, am illegalen Waffenschmuggel nach Mexiko beteiligt zu sein. In der Anzeige heißt es „Over the last 5 years, each of these Defendants is among the 10 dealers with the most crime guns recovered in Mexico and traced back to a dealership in Arizona. The ATF (Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives) has concluded that a high volume of crime guns traced back to a particular dealership is a trafficking indicator, suggesting that the dealer is engaged in unlawful sales such as straw sales.”² Anstatt solche Händler konsequent zu meiden, verweist H&K USA auf ihrer Internetseite bei der Händler-Suche explizit auf zwei der fünf Beschuldigten. Bei einem wird sogar für eine Indoor Range mit Vermietung von H&K Waffen geworben. Ein weiterer beschuldigter Händler, dessen Online-Shop von Deutschland aus einsehbar ist, führt H&K Produkte in seinem Shop. H&K stellt offensichtlich nicht ausreichend sicher, dass innerhalb der USA auf dem Zivilmarkt verkaufte Produkte nicht nach Mexiko weitergeschmuggelt werden können.

Weiterhin keine ausreichende Distanzierung von den menschenverachtenden Schandtaten des Firmengründers Edmund Heckler

Edmund Heckler, Mitbegründer und Namensgeber von Heckler & Koch, arbeitete sich in der Zeit des Nationalsozialismus als Prokurist bis in die Spitze der Hugo Schneider AG, der HASAG, hoch.

¹ Factsheet zur ersten Klage Mexikos, die sich gegen Waffenhersteller richtet: <https://stopusarmstomexico.org/wp-content/uploads/2021/10/Mexico-lawsuit-fact-sheet.pdf>

² <https://www.gob.mx/sre/documentos/civil-lawsuit-filed-in-the-u-s-district-court-for-the-district-of-arizona-on-october-10-2022>, S. 17

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Heckler & Koch AG am 20.06.2023

Zu Tagesordnungspunkt 4: Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die HASAG war eines der größten Rüstungsunternehmen in der NS-Zeit und setzte während des Zweiten Weltkriegs Zehntausende von zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen ein.

Als Oberingenieur der HASAG erhielt Edmund Heckler die Aufgabe, Zweigwerke aufzubauen. In dieser Zeit entstanden die Produktionsstätten in Berlin, Leipzig, Taucha und Altendorf. Heckler erwarb die Prokura bei der HASAG und leitete die drei letztgenannten Werke. Der Außetrieb Taucha war unter dem Betriebsleiter Heckler „NS-Musterbetrieb“.

Unter Hecklers Führung war die HASAG fester Bestandteil im System „Vernichtung durch Arbeit“ (siehe *Neue Rottweiler Zeitung* vom 07.09.2020). In einer Panzerfaust-Fabrik der HASAG mussten mehr als 1.000 KZ-Häftlinge aus den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Ravensbrück unter Zwang und unmenschlichen Bedingungen auch Waffen fertigen. Viele der Arbeiterinnen und Arbeiter wurden erschlagen oder erschossen.

Die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) hat im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Aufarbeitung im Auftrag des Unternehmens klargestellt, dass man davon ausgehen müsse, dass Edmund Heckler von den grausamen Bedingungen in der Fabrik wusste. Damit trug er massiv Mitverantwortung. Im heutigen Unternehmen ist dieser Umstand seit Längerem bekannt. Dennoch hat der Aufsichtsrat der H&K AG noch immer nicht die notwendigen Konsequenzen aus den Studienergebnissen gezogen.

Für uns Kritische Aktionär:innen ist klar: Ein führender nationalsozialistischer Scherge, der den Tod zahlreicher Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mitverantwortet, darf in einem vermeintlich humanistisch geprägten Unternehmen keinesfalls Namenspatron sein.

Der Aufsichtsrat der H&K AG muss endlich seiner Verantwortung gerecht werden. Dazu gehören eine klare Distanzierung von den menschenverachtenden Schandtaten des Firmengründers Edmund Heckler und die Umbenennung der Heckler & Koch-Gruppe mit ihren Beteiligungsgesellschaften bzw. Tochterunternehmen im In- und Ausland. Die Opfer, und im Falle ihres Todes die Angehörigen, der grausamen Geschäftspolitik der HASAG müssen angemessen finanziell entschädigt und unterstützt werden.